

Westfälische Wilhelms-Universität Münster  
Institut für Politikwissenschaft  
Dozent: Dr. Matthias Freise

[REDACTED]

## Praktikumsbericht

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	<b>2</b>
<b>2. Praktikumsstelle</b>	<b>2</b>
2.1. Die Bundeszentrale für politische Bildung	2
2.1.1. <i>Geschichte</i>	2
2.1.2. <i>Auftrag, Arbeitsweise und Tätigkeitsfelder</i>	4
2.1.3. <i>Organisationsstruktur</i>	5
2.2. Der Fachbereich „Politikferne Zielgruppen“	6
2.2.1. <i>Arbeitsweise und Tätigkeitsfelder</i>	6
2.2.2. <i>Organisation</i>	7
2.3. Eigene Tätigkeiten während des Praktikums	7
<b>3. Politische Bildung für „politikferne“ Jugendliche</b>	<b>8</b>
3.1. Partizipationsforschung und Demokratietheorie	9
3.2. Konzepte der politischen und sozialen Partizipation	10
3.2.1. <i>Politische Partizipation</i>	10
3.2.2. <i>Soziale Partizipation</i>	11
3.3. Politische und soziale Partizipation von „politikfernen“ Jugendlichen	12
3.4. Lebenswelten „politikferner“ Zielgruppen	13
3.5. Elementarisierung der politischen Bildung und lebensweltliche Ansätze	13
<b>Anhang</b>	<b>15</b>
<b>Bibliographie</b>	<b>16</b>

# 1. Einleitung

Der vorliegende Bericht nimmt Bezug auf ein Praktikum, welches vom 18. Juli bis zum 2. September 2011 im Fachbereich „Politikferne Zielgruppen“ der Bundeszentrale für politischen Bildung (bpb) in Bonn absolviert wurde.

Der Bericht ist in zwei Hauptteile untergliedert. Der erste Teil umfasst im Wesentlichen eine Darstellung der relevanten Aspekte des Praktikums. In diesem Rahmen wird auf die bpb als staatliche Behörde im Allgemeinen, den Fachbereich „Politikferne Zielgruppen“ im Besonderen sowie die konkreten Tätigkeiten und Aufgaben während des Praktikums eingegangen. Der zweite Teil des Berichts widmet sich dann einer genaueren Erläuterung der Ansätze der politischen Bildung für „politikferne“ Jugendliche. In diesem Zusammenhang werden ausgehend von Erkenntnissen der Partizipationsforschung die Zielgruppe der „politikfernen“ Jugendlichen und der Ansatz der Elementarisierung politischer Bildungsinhalte behandelt. Ziel dieses zweiten Abschnitts ist es, anhand des ausgewählten Themas ein anwendungsorientiertes Beispiel für die Inhalte des politikwissenschaftlichen Studiums zu liefern.

## 2. Praktikumsstelle

### 2.1. Die Bundeszentrale für politische Bildung

Die bpb ist eine dem Bundesministerium des Innern nachgeordnete Bundesanstalt. Die Institution beschäftigt circa 220 Mitarbeiter mit Dienstsitz in Bonn und Berlin. Ihre Aufgabe besteht darin, „durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken“ (bpb 2002). Die aktuelle rechtliche Grundlage für die Arbeit der bpb geht dabei auf einen Erlass des Bundesinnenministeriums vom 24. Januar 2001 zurück.

#### 2.1.1. Geschichte

Die Geschichte der bpb und ihrer Tätigkeiten ist immer eng mit den historischen Ereignissen, die die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung beeinflusst haben, verknüpft gewesen<sup>1</sup>. Im Laufe der Jahrzehnte musste sie sich stets an der gesellschaftlichen Entwicklung orientieren und sich mit ihrem politischen Bildungsangebot auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen. Im Jahr 2012 feiert die Institu-

---

<sup>1</sup> Die Darstellungen in diesem Abschnitt basieren auf Informationen von der Website bpb (2011a) und dessen Unterseiten.

tion ihr 60-jähriges Jubiläum. In diesem Sinne soll hier ein kurzer Überblick über die sechs Jahrzehnte ihrer Tätigkeit in der politischen Bildungsarbeit gegeben werden.

Die heutige bpb wurde am 25. November 1952 durch einen Erlass des Bundesministeriums des Innern als „Bundeszentrale für Heimatdienst“ mit Sitz in Bad Godesberg gegründet. Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Diktatur, des darauffolgenden Zweiten Weltkriegs und der Verschärfung des Ost-West-Konflikts sollte ihre Hauptaufgabe darin bestehen, die Demokratie in der deutschen Gesellschaft zu verankern. Aus diesen Grund knüpfte auch ihr Name an die zu Zeiten der Weimarer Republik gegründete „Reichszentrale für Heimatdienst“ an, die sich schon damals der Förderung demokratischer Werte innerhalb der Bevölkerung verschrieben hatte. Durch die Bereitstellung von Informationen zielte die „Bundeszentrale für Heimatdienst“ darauf ab, die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit den Werten, Spielregeln und Institutionen der Demokratie vertraut zu machen. Darunter fiel nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit den totalitären Systemen des Nationalsozialismus und Kommunismus. Schließlich spielte auch der Gedanke der europäischen Aussöhnung eine herausragende Rolle in ihrem Programm. Die „Bundeszentrale für Heimatdienst“ fungierte zu diesem Zweck als Herausgeberin zahlreicher Publikationen und Filme, organisierte diverse Veranstaltungen und unterstützte die Arbeit freier Bildungsträger.

Anfang der 1960er Jahre wurde die „Bundeszentrale für Heimatdienst“ reorganisiert und mit der Umbenennung in „Bundeszentrale für politische Bildung“ auf ihren heutigen Namen getauft. Zudem rückte die Aufarbeitung des Nationalsozialismus noch stärker in den Fokus ihrer Arbeit. Infolge der Radikalisierungstendenzen der deutschen Gesellschaft im linken als auch rechten Lager während der zweiten Hälfte der Dekade wurde auch die Notwendigkeit zur Neuausrichtung und Ausweitung der politischen Bildungsarbeit deutlich.

In den 1970er Jahren folgte daraufhin eine Reihe struktureller und programmatischer Reformen. In dieser Zeit wurde auch eine kontroverse Diskussion über die Ziele und die Ausrichtung der politischen Bildungsarbeit geführt, die schließlich in den „Beutelsbacher Konsens“ von 1976 mündete. Darin verständigte man sich auf drei Leitlinien der politischen Bildungsarbeit, die bis heute Bestand haben: „Das Überwältigungsverbot (keine Indoktrination), das Gebot, kontrovers diskutierte Themen auch im Politik-Unterricht kontrovers darzustellen sowie Schüler dahin gehend zu fördern, dass sie ihre eigenen Interessen analysieren und vertreten können“ (bpb 2011b).

Während der 1980er Jahre diversifizierte die bpb ihr Informationsangebot insbesondere im audiovisuellen Bereich und reagierte damit auf die Bedürfnisse der neuen Informationsgesellschaft sowie auf das Aufkommen von neuen Medienformaten.

Nach dem Fall der Mauer stand die Arbeit der bpb dann ganz im Zeichen der Deutschen Einheit. Sie engagierte sich in Form von speziellen Publikationen und Seminarangeboten stark in den neuen Bundesländern. Darüber hinaus reagierte die bpb schon früh auf die zunehmende Popularität des Internets, indem sie 1997 ihre Webpräsenz [www.bpb.de](http://www.bpb.de) startete. Im Rahmen einer Neuorganisation der Führungsspitze wurde 1992 das Direktorium durch einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten abgelöst.

In den vergangenen Jahren konzentrierte die bpb ihre Arbeit vermehrt auf Angebote zur Förderung der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Begleitet wurde diese Neufokussierung durch die bisher umfassendste fachliche und organisatorische Restrukturierung, die mit dem bis heute gültigen „Erlass über die Bundeszentrale für politische Bildung“ am 24.1.2001 in Kraft trat. Außerdem fanden mehrere Veränderungen in Bezug auf die Außendarstellung der Institution statt. So baute die bpb ihre Webpräsenz mit zahlreichen Projektseiten aus und erhielt 2002 ein neues Corporate Design.

### *2.1.2. Auftrag, Arbeitsweise und Tätigkeitsfelder*

Ihren Auftrag, den die bpb seit nunmehr 60 Jahren verfolgt, hat sie unter das Motto „Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern“ gestellt. Vor dem Hintergrund der deutschen Erfahrung mit zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert sieht sie ihre Hauptaufgaben darin, das Bewusstsein für eine demokratische Kultur und die politische Partizipation in Deutschland zu fördern.

Zu diesem Zweck stellt die bpb ein breites Spektrum an Printprodukten, audiovisuellen Medien und Online-Angeboten bereit, die „Kenntnisse, Einblick und Verständnis in geschichtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge politischer, sozialer, kultureller, ökonomischer und ökologischer Prozesse vermitteln“ (bpb 2003) sollen. Darüber hinaus zeichnet sich die bpb für zahlreiche Veranstaltungsformate verantwortlich, zu denen „Tagungen, Kongresse, Festivals, Messen, Ausstellungen, Studienreisen, Wettbewerbe, Kinoseminare und Kulturveranstaltungen sowie Events und Journalistenweiterbildungen“ (bpb 2012) zählen. Schließlich stellt sie finanzielle Fördermittel für mehr als 400 freie Träger der politischen Bildung, zu denen anerkannte Bildungseinrichtungen, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen zählen, bereit.

Sämtliche Angebote der bpb haben den Anspruch, gesellschaftlich relevante Themen auf unabhängige, überparteiliche und wissenschaftlich fundierte Weise zur Diskussion zu stellen und richten sich prinzipiell an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik. Zudem hält die bpb eine Vielzahl von zielgruppenspezifischen Angeboten für Kinder und Jugendliche, Lehrerinnen und Lehrer sowie Personen, die an der politischen Bildungsarbeit für diese Zielgruppen beteiligt sind, bereit.

Um ihren Auftrag wahrnehmen zu können, versteht die bpb ihre Rolle „als Schnittstelle zwischen Staat, Politik, Bildungsinstitutionen, Wissenschaft und Medien mit allen Kräften der Zivilgesellschaft“ (bpb 2003). Feste Kooperationspartner bilden in diesem Zusammenhang neben den bereits genannten freien Trägern die Landeszentralen für politische Bildung.

### *2.1.3. Organisationsstruktur<sup>2</sup>*

Der bpb steht ein Präsident vor, dessen Position seit dem Jahr 2000 von Thomas Krüger ausgefüllt wird. Er wird im Falle seiner Abwesenheit durch den Leiter der Fachabteilung (s.u.) vertreten.

Die ihm unterstehenden Referate und Fachbereiche der bpb sind in zwei Abteilungen gegliedert: die Abteilung für Zentrale Aufgaben und die Fachabteilung. Die Abteilung für Zentrale Aufgaben ist die Verwaltungsabteilung der bpb und vereint fünf Referate für die Bereiche Personal und Organisation, Haushalt und Vertrieb, Innerer Dienst, Justizariat und Vergabe sowie IT unter sich. Die acht Fachbereiche der Fachabteilung sind für die Angebote und Aktivitäten der bpb zuständig und gliedern sich in die Fachbereiche Grundsatz, Veranstaltungen, Fortbildung/Didaktik, Print, Multimedia, Förderung, Politikferne Zielgruppen sowie Extremismus. Sie unterscheiden sich teils erheblich in der Mitarbeiterzahl und dem Umfang ihrer Aktivitäten. Die Aufgaben innerhalb der einzelnen Fachbereiche werden jeweils von einem Fachbereichsleiter koordiniert, während die beiden Abteilungsleiter für eine reibungslose Zusammenarbeit der einzelnen Referate und Fachbereiche Sorge tragen. Auf Ebene der Abteilungen ist außerdem die Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz in die bpb eingegliedert. Zudem sind dem FB Veranstaltungen die „Koordinierungsstelle Hauptstadtaufgaben“ und dem FB Extremismus die Regiestelle „Zusammenhalt durch Teilhabe“ angegliedert. Zusammen mit einem Teil des FB Multimedia üben diese drei Organisationseinheiten ihre Tätigkeiten in Berlin aus, während die übrigen Referate und Fachbereiche in Bonn ansässig sind.

---

<sup>2</sup> Abb. 1 im Anhang zeigt die Organisationsstruktur der bpb als Diagramm.

Ferner wird die bpb „in grundsätzlichen Angelegenheiten der politischen Bildung durch einen wissenschaftlichen Beirat aus bis zu zwölf sachverständigen Persönlichkeiten unterstützt, die der Bundesminister des Innern auf die Dauer von jeweils vier Jahren beruft“ (bpb 2002). Die Mitglieder des Beirats können einmalig wiederberufen werden und treten mindestens zwei Mal im Jahr zusammen.

Ein 22-köpfiges Kuratorium, bestehend aus Mitgliedern des Bundestages, wacht über die „ausgewogene Haltung und die politische Wirksamkeit der Arbeit der bpb“ (ebd.). Die Mitglieder des Kuratoriums werden vom Präsidenten des Deutschen Bundestages auf Vorschlag der Fraktionen des Deutschen Bundestages berufen. Der Präsident der bpb ist dem Kuratorium Rechenschaft schuldig und somit verpflichtet, es über die jährlichen Haushaltsvoranschläge, Planungsberichte und Tätigkeitsberichte, bedeutsame Vorhaben sowie über Empfehlungen und Stellungnahmen des Beirats zu unterrichten.

## **2.2. Der Fachbereich „Politikferne Zielgruppen“**

Der FB Politikferne Zielgruppen wurde zusammen mit dem FB Extremismus im Jahr 2007 ins Leben gerufen. In dieser Zeit lenkten mehrere Studien die Aufmerksamkeit darauf, dass die politische und gesellschaftliche Partizipation von „bildungsfernen“ und sozial benachteiligten Schichten besonders gering ausfällt. Diese Erkenntnisse warfen die Frage auf, wie die bpb ihrem Auftrag, im Sinne einer pluralistischen Gesellschaft die politische Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland zu ermöglichen, besser gerecht werden könnte. Damit war die normative Grundlage gegeben, aus der der neue Fachbereich seine Legitimation beziehen sollte.

### *2.2.1. Arbeitsweise und Tätigkeitsfelder*

Der Fachbereich versucht mit einer Vielzahl von zielgruppenspezifischen Formaten, Kinder und Jugendliche aus „bildungsfernen“ und sozial benachteiligten Schichten anzusprechen. Die Angebote umfassen Projekte, Veranstaltungen, TV-Formate, medienpädagogische Angebote sowie leicht verständliche Publikationen und verfolgen den Ansatz der „Elementarisierung politischer Bildung“<sup>3</sup>. So beteiligte sich der Fachbereich beispielsweise zur Bundestagswahl 2009 an der Produktion des TV-Features „Sido geht wählen“, in dem der Rapper Sido den Urnengang erklärte und mit verschiedenen Bundespolitikern sprach. Auf den Fachbereich geht auch das TV-Quiz „Ahnungslos“ mit den MTV-Moderatoren Joko und Klaas zurück. Im Rahmen der Reihen „Entscheidung im Unterricht“, „Was geht?“, „Die Schulstunde als Talk-

---

<sup>3</sup> Für nähere Erläuterungen siehe Abschnitt 3.5.

show“ und „Themenblätter im Unterricht“ stellt der Fachbereich Filme und Begleitmaterialien für Diskussionen an Haupt- und Berufsschulen bereit.

Darüber hinaus unterstützt der Fachbereich über ein Netzwerk auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene Personen, die an der politischen Bildungsarbeit mit „politikfernen“ Kindern und Jugendlichen beteiligt sind.

Der Fachbereich ist zudem mit der Organisation und Durchführung des außerhalb seines eigentlichen Aufgabenbereichs angesiedelten „Go Afrika... Go Germany...“-Programms beauftragt. Dabei handelt es sich um einen auf Initiative des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler gegründeten Stipendiatenaustausch zwischen Deutschland und jährlich wechselnden afrikanischen Partnerstaaten.

### *2.2.2. Organisation*

Die fachliche Arbeit für die einzelnen Projekte des Fachbereichs wird von drei Referenten geleistet. Sonstige organisatorische Aufgaben werden von einem Sachbearbeiter und zwei Bürosachbearbeiterinnen übernommen. Der Fachbereichsleiter koordiniert die Aufgaben des Fachbereichs und leitet die wöchentlichen Dienstbesprechungen. Zudem stehen dem Fachbereich mehrere studentische Hilfskräfte zur Verfügung.

## **2.3. Eigene Tätigkeiten während des Praktikums**

Während meines siebenwöchigen Praktikums war es mir möglich, eine Vielzahl an Erfahrungen zur Arbeitsweise der bpb im Allgemeinen sowie den Tätigkeiten des Fachbereichs „Politikferne Zielgruppen“ im Besonderen zu sammeln.

Einerseits ermöglichte mir das Praktikum einen tiefgreifenden Einblick in die Abläufe und Strukturen einer staatlichen Behörde. In der ersten Woche machte ich mich mit den hausinternen Dienstvorschriften, der Verwaltung und Organisation sowie den Aufgaben der einzelnen Mitarbeiter des Fachbereichs vertraut. Ich lernte, Dokumente zur internen Korrespondenz (z.B. Beauftragungen, Beschaffungsanfragen) zu verfassen sowie diverse Aufgaben der Außenkorrespondenz ordnungsgemäß abzuwickeln. In diesem Rahmen kam ich während der gesamten Dauer des Praktikums immer wieder mit Aufgaben der allgemeinen Bürokommunikation in Berührung. Ich entwarf Vorlagen, verfasste Protokolle von Besprechungen, schrieb Vermerke zu projektbezogenen Vorgängen, recherchierte allgemeine Informationen und redigierte Publikationstexte.

Zum anderen war ich in eine Vielzahl von konkreten Projekten des Fachbereichs involviert. In dieser Hinsicht waren zunächst die Dienstbesprechungen hilfreich, um mir einen Überblick über das weite Spektrum der im Fachbereich angesiedelten Ak-



tivitäten zu verschaffen. In enger Zusammenarbeit mit einer der Referentinnen, die für mich als Mentorin zuständig war, konnte ich mich intensiv mit mehreren Projekten auseinandersetzen und vielfältige Eindrücke der Tätigkeit einer Referentin der politischen Bildung gewinnen. Dadurch eröffnete sich mir die Chance, mich während des Praktikums an mehreren interessanten und abwechslungsreichen Projekten zu beteiligen. Für die Bewerbung eines Seminarangebots zur Elementarisierung politischer Bildung entwarf ich komplette Flyer, recherchierte Distributionskanäle für das Angebot und baute dafür eine Datenbank auf. Außerdem hatte ich die Möglichkeit, mich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für eine mehrsprachige interkulturelle „Wahlfibel“ anlässlich der Wahlen zu den Landesparlamenten in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zu engagieren. In diesem Zusammenhang erarbeitete ich eine Pressemappe für ein Hintergrundgespräch mit Journalistinnen und Journalisten und konnte schließlich an der entsprechenden Veranstaltung in Berlin teilnehmen. Im Rahmen des Deutschlandaufenthalts der Stipendiaten von „Go Africa... Go Germany... 2010/11“ betreute ich die Teilnehmer und unterstützte den Fachbereich sowie die Stabsstelle der bpb bei der Pressearbeit. Besonders spannend war es, dass ich dafür Dienstreisen nach München und Brüssel wahrnehmen konnte. Im Zuge des „Go Africa... Go Germany...“-Programms wurde ich zudem mit der Erarbeitung, Durchführung und Redaktion eines englischsprachigen Interviews mit drei der afrikanischen Stipendiaten betraut, welches im Anschluss auf der bpb-Website online ging. Schließlich bot sich mir kurzfristig auch die Gelegenheit im Rahmen eines Medienprojekts eines weiteren Referenten des Fachbereichs den Messestand der bpb auf der GAMESCOM in Köln-Deutz mit zu betreuen.

Das Praktikum bei der bpb bescherte mir durchweg positive Erfahrungen. Die Zusammenarbeit mit den Referenten und der Anspruch der an mich gestellten Aufgaben entsprachen meiner vollsten Zufriedenheit. Ich wurde stets freundlich und mit viel Respekt behandelt und hatte im Laufe des Praktikums sowohl inner- als auch außerhalb der bpb mit einer Vielzahl interessanter und engagierter Menschen Kontakt. Schließlich profitierte ich auch vom Praktikum, indem es mir einen umfangreichen Einblick in ein potentielles Berufsfeld für Politikwissenschaftler gab.

### **3. Politische Bildung für „politikferne“ Jugendliche**

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am politischen und gesellschaftlichen Leben ist zugleich unbestrittene Voraussetzung und unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen Staatsordnung. Diese Partizipation zu fördern ist Aufgabe der politischen Bildung, die in diesem Sinne „alle bewusst geplanten und organisierten, kontinuierlichen und zielgerichteten Maßnahmen von Bildungseinrichtungen, um

Jugendliche und Erwachsene mit den zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben notwendigen Voraussetzungen auszustatten“ (Massing 2003: 501) umfasst. Wie im vorherigen Abschnitt bereits dargestellt, orientiert sich auch das Selbstverständnis der bpb daran, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und politische Partizipation zu fördern.

Im folgenden Teil der Arbeit wird das Konzept der politischen Partizipation in den praxisrelevanten Kontext der politischen Bildung für politikferne Jugendliche gestellt. Ziel soll es dabei sein, konkrete Erfahrungen des Praktikums im Rahmen politikwissenschaftlich relevanter Inhalte darzustellen. Dieser Teil der Arbeit beginnt damit, das Konzept gesellschaftlicher Partizipation in seiner Bedeutung für die Demokratietheorie darzustellen. Darauf folgt eine Übersicht der unterschiedlichen Kategorisierungen und Formen politischer und sozialer Partizipation. Anschließend wird Bezug auf die Muster politischer Partizipation der für das Praktikum relevanten Gruppe der „politikfernen“ Jugendlichen genommen, um letztlich Möglichkeiten zur politischen Bildung dieser Zielgruppe auszuloten.

### **3.1. Partizipationsforschung und Demokratietheorie**

Unter der Prämisse „citizen participation is at the heart of democracy“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 1) geht die Demokratietheorie davon aus, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am politischen und gesellschaftlichen Leben wesentlicher Bestandteil einer funktionsfähigen Demokratie ist. Die Qualität einer demokratischen Ordnung lässt sich demnach anhand der gegebenen politischen Partizipationschancen, aber auch an der Wahrnehmung dieser Chancen durch die Bevölkerung bestimmen. Als Subdisziplin der Politikwissenschaft untersucht die empirische Partizipationsforschung Formen sowie Muster der gesellschaftlichen Partizipation und versucht, Modelle zur Erklärung ihrer Voraussetzungen zu finden. Damit bewegt sie sich im engen Umfeld zu den Bereichen der politischen Kultur und politischen Sozialisierung.

Nach Gabriel und Völkl lässt sich das Interesse an politischer Partizipation als Gegenstand der Forschung aus normativer, historischer und empirischer Hinsicht begründen (vgl. 2005: 526). Die Volkssouveränität als konstituierendes Element einer demokratischen Staatsform bildet hier den normativen Aspekt. Die Ausübung von Herrschaft geht auf den Willen des Volkes zurück und wird dadurch legitimiert, dass dieses seinen Einfluss auf politische Entscheidungen geltend macht und an der politischen Willensbildung teilnimmt. Historisch betrachtet verdient die Einführung politischer Partizipationsrechte im Rahmen der Demokratisierungswelle moderner Staaten Aufmerksamkeit. Aus der Frage, inwiefern die Bürgerinnen und Bürger eines

Staates ihre Partizipationsrechte tatsächlich wahrnehmen, lässt sich schließlich die empirische Relevanz des Themas ableiten.

Während die politische Partizipation schon lange einen Untersuchungsgegenstand der Partizipationsforschung bildet, hat die wissenschaftliche Diskussion um den von Putnam (1993) eingeführten Begriff des „Sozialkapitals“ in den letzten Jahren dazu beigetragen, den Fokus der Disziplin auch auf die Formen der sozialen Partizipation und ihre Beziehungen zur politischen Partizipation zu lenken. Zwar hatte man schon seit den Anfängen der Partizipationsforschung implizit eine positive Wirkung von sozialer auf politische Partizipation angenommen. Eigenständige Studien, die einen positiven Zusammenhang zwischen sozialer und politischer Partizipation aufzeigen konnten (vgl. van Deth 2005, Bertelsmann Stiftung 2004), etablierten sich jedoch erst im Zuge dieser neuen Entwicklung.

### **3.2. Konzepte der politischen und sozialen Partizipation**

Obwohl oder gerade weil politische und soziale Partizipation in einem wechselseitigen Verhältnis stehen, fällt es häufig schwer, eine trennscharfe Linie zwischen beiden Begriffen zu ziehen. Dies wird vor allem damit begründet, dass heutzutage staatliche Aktivitäten eine Vielzahl von Lebensbereichen des Individuums berühren und unabhängig davon die Grenzen zwischen privaten und öffentlichen Lebensbereichen zusehends verschwimmen. Es kann nicht immer eindeutig festgestellt werden, ob eine Handlung der Erreichung politischer Zwecke dient oder nicht, sodass sich eine klare Einordnung entlang der Definitionen politischer und sozialer Partizipation als schwierig gestaltet (vgl. Gabriel/Völkl 2005: 527).

#### *3.2.1. Politische Partizipation*

Unter politischer Partizipation<sup>4</sup> werden „jene Verhaltensweisen von Bürgern verstanden, die sie alleine oder mit anderen freiwillig oder mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen“ (Kaase 2003: 495). Dabei kann diese Einflussnahme auf unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems – von der Gemeinde, über das Land und den Bund bis hin zur transnationalen Ebene der EU – erfolgen.

---

<sup>4</sup> Parallel dazu sind die synonymen Begriffe „Politische Beteiligung“, „Bürgerbeteiligung“ und „bürgerschaftliches Engagement“ gebräuchlich (vgl. Gabriel/Völkl 2005: 528). Jedoch wird „bürgerschaftliches Engagement“ auch als zusammenfassender Begriff für politische und soziale Partizipation vorgeschlagen (vgl. ebd.: 529).

Die Partizipationsforschung hat in ihrem Verlauf zahlreiche Typologien zur Klassifizierung unterschiedlicher Formen der politischen Partizipation hervorgebracht<sup>5</sup>, die sich nach den Kriterien der Institutionalisierung und Verfasstheit, Legalität und Illegalität und Legitimität unterscheiden lassen (vgl. Niedermayer 2005: 192). Bei den verfassten Formen handelt es sich um „verfassungsmäßig, gesetzlich oder über sonstige allgemeine Regelungen explizit vorgesehene, nach allgemeinverbindlichen Regeln ablaufende Aktivitäten“ (ebd.), für die vornehmlich Wahlen und Abstimmungen zu nennen sind. Nichtverfasste Formen der politischen Beteiligung treten hingegen eher spontan und außerhalb dieser institutionalisierten Rahmenbedingungen auf. Alle verfassten Formen der politischen Partizipation sind definitionsgemäß legal. Demgegenüber ist unter den nichtverfassten Formen zwischen legalen (z.B. Bürgerinitiative) und illegalen Aktivitäten zu unterscheiden. Zusätzlich kann auf Seiten der illegalen Beteiligungsformen „zwischen nicht unmittelbar gewaltsamen, wenn auch gewaltaffinen Akten des zivilen Ungehorsams (z.B. Hausbesetzungen) und der direkten politischen Gewalt gegen Personen und Sachen differenziert“ (Kaase 2003: 496) werden. Schließlich bildet, wenn auch auf subjektiver Wahrnehmung beruhend, die Legitimität ein Kriterium für die Klassifikation politischer Beteiligungsformen. Dementsprechend teilt Niedermayer (2005: 194) das Spektrum politischer Beteiligung in sechs Formen ein: die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, partei- und wahlbezogene Aktivitäten, Mitarbeit in Interessenverbänden, legalen Protest, zivilen Ungehorsam und politische Gewalt.

### *3.2.2. Soziale Partizipation*

Unter den Begriff der sozialen Partizipation gefasst werden „alle individuell oder gemeinsam mit anderen ausgeführten freiwilligen Aktivitäten, die nicht unter die Erwerbstätigkeit fallen und das Ziel verfolgen, sich selbst oder anderen unentgeltlich materielle oder immaterielle Güter wie Geld, Pflege, Wohlbefinden, Unterhaltung oder soziale Kontakte zur Verfügung zu stellen“ (Gabriel/Völkl 2005: 529). Soziale Partizipation verfolgt nach dieser Definition im Gegensatz zu politischer Partizipation nicht das Ziel, Einfluss auf verbindliche Entscheidungen zu nehmen. Stattdessen ist sie eher durch soziale Integration und Unterstützung charakterisiert und umfasst beispielsweise die „Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit oder Übernahme von Ämtern in Freiwilligenorganisationen, das ehrenamtliche Engagement sowie das Erbringen sozialer Hilfsleistungen für andere Menschen“ (ebd.: 529f.).

---

<sup>5</sup> Aus Platzgründen wird hier auf eine historische Darstellung einzelner Typologien der Partizipation verzichtet. Einen guten Überblick liefern Gabriel und Völkl (2005).

Die Strukturen des sozialen Engagements sind bisher vergleichsweise wenig mithilfe empirischer Analysen erfasst worden. Gabriel und Völkl (2005: 537f.) schlagen jedoch eine Kategorisierung entlang von zwei Dimensionen vor. Das erste Kriterium unterscheidet zwischen individuellen und kollektiven Aktivitäten. Während individuelle Aktivitäten üblicherweise als soziale Hilfeleistung bezeichnet werden, kann bei kollektiven Aktivitäten wiederum kontextuell zwischen sozialer Partizipation innerhalb von formalen Organisationen (z.B. Vereine, Verbände) und informellen Gruppen (z.B. Nachbarschaft, Freunde, Arbeitskollegen, Projektgruppen) unterschieden werden. Die zweite Dimension erfasst die Art des sozialen Engagements. Hier sind als Beispiele die förmliche Mitgliedschaft sowie die aktive Mitarbeit in einer Organisation, die Übernahme von Ehrenämtern, die Beteiligung an nach außen gerichteten Aktivitäten oder das Spenden von Geldbeträgen zu unterscheiden (vgl. ebd.).

### **3.3. Politische und soziale Partizipation von „politikfernen“ Jugendlichen**

Als wesentliche Determinante für die Chance von Individuen, sich gesellschaftlich zu beteiligen, gilt deren Ressourcenausstattung (vgl. Kaase 2003: 498, Gabriel/Völkl 2005: 561-565). Das von Verba und anderen entwickelte sozioökonomische Standardmodell (vgl. Verba/Nie 1972, Verba/Nie/Kim 1978) stellt politische Partizipation in einen positiven Zusammenhang mit der individuellen Ressourcenausstattung, die über materielle Ressourcen wie die Höhe des Einkommens und immaterielle Ressourcen wie den Bildungsgrad erfasst werden kann.

Diesen Zusammenhang haben Studien auch für die deutsche Gesellschaft belegen können. So kommt eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie zu dem Ergebnis, dass die politische Beteiligung und das politische Interesse der unteren Schichten äußerst gering ausfällt (vgl. Neugebauer 2007: 68-105). Die Angehörigen dieser Schichten weisen in der Regel ein geringes Bildungsniveau sowie unterdurchschnittliches Einkommen auf und „sind politisch uninformiert, sozial wenig engagiert, partizipatorisch passiv“ (Detjen 2007: 3).

Jugendliche, die diesen Schichten entstammen, sind dementsprechend mit den „traditionellen“ Angeboten für politische Bildung kaum zu erreichen. Im Sinne der bereits angeführten demokratietheoretischen Argumente ist es für eine Demokratie jedoch inakzeptabel, wenn ein beträchtlicher Teil der Gesellschaft aufgrund sozioökonomischer Faktoren von der gesellschaftlichen Partizipation ausgeschlossen wird. Eine solche Entwicklung birgt die Gefahr, „ein verzerrtes Bild von den in der Öffentlichkeit vorherrschenden politischen Wünschen, Interessen und Vorstellungen“ (Gabriel/Völkl 2005: 562) zu vermitteln. Dementsprechend sieht auch Detjen (2007: 4) „die politische Stabilität eines Landes gefährdet, wenn einem erheblichen

Teil der Bürgerinnen und Bürger der Staat fremd bleibt und Apathie sowie antidemokratische Ressentiments verbreitet sind.“

### **3.4. Lebenswelten „politikferner“ Zielgruppen**

Um neuartige Konzepte für die politische Bildung dieser Zielgruppen zu entwickeln, ist es nötig, einen tieferen Blick in die Lebenswelten dieser Jugendlichen zu wagen. Dabei lässt sich feststellen, dass Interesse an und Kenntnisse von politischen Themen sich bei ihnen auf ein Minimum beschränken. Politischer Bildung wird keine Auswirkung auf die eigenen Lebenschancen zugerechnet. Damit wird sie nicht als erstrebenswert betrachtet. Dies entspricht dem Bildungsverständnis unterer Schichten insofern, als dass Bildung sich beruflich lohnen und den sozialen Aufstieg ermöglichen soll (vgl. Dejten 2007: 5). Für Jugendliche dieser Schichten ist Politik ein „inhaltsleerer Begriff, der vor allem die äußeren Formen impliziert und alleine dadurch Desinteresse hervorruft. Politik erscheint in ihrer Begrifflichkeit und Symbolsprache als formloses, indifferentes Gebilde. Politik ist ein sich selbst genügendes System, das keinerlei Bezugspunkte zu ihrem Leben aufweist und nicht mit konkreten Themen verbunden ist“ (Calmbach/Kohl 2011: 10).

Diese Wahrnehmung von Politik geht sogar soweit, dass politische Themen, die die eigene Lebenswelt betreffen, als dezidiert unpolitisch wahrgenommen werden (vgl. ebd.: 11). Dies gilt jedoch nur für Inhalte, die mit institutionalisierter oder parlamentarischer Politik in Verbindung gebracht werden. Demgegenüber offenbart sich bei Themen, die unmittelbar die eigene Lebenswelt betreffen, ein „unsichtbares Politikprogramm“ (ebd.: 12), ohne dass den Jugendlichen in den meisten Fällen bewusst wird, dass es sich hierbei um politische Inhalte handelt.

### **3.5. Elementarisierung der politischen Bildung und lebensweltliche Ansätze**

Die aus dem Bildungsverhalten und Politikverständnis von „politikfernen“ Jugendlichen resultierende Ablehnung gegenüber institutionalisierter Politik ruft auf den ersten Blick keine große Hoffnung für die Vermittlung von Inhalten der politischen Bildung hervor. Zur Bewältigung dieses Dilemmas schlägt Dejten (2007: 7f.) mehrere Möglichkeiten der politischen Bildung für „politikferne“ Jugendliche vor, die „die Psychologie dieser Adressatengruppe als auch die Sachlogik der Politik“ (ebd.: 7) berücksichtigen. Darunter fasst er den Einsatz angepasster Medienformate, die Nutzung von Veranstaltung mit Eventcharakter, die Einbindung der Sozial- und Jugendarbeit in die politische Bildung, einen Ausbau der „vopolitischen politischen Bildung“ sowie die Elementarisierung politischer Inhalte. All diesen Vorschlägen ist gemein, dass sie an unterschiedlichen Punkten an die Lebenswelt der Zielgruppe anknüpfen

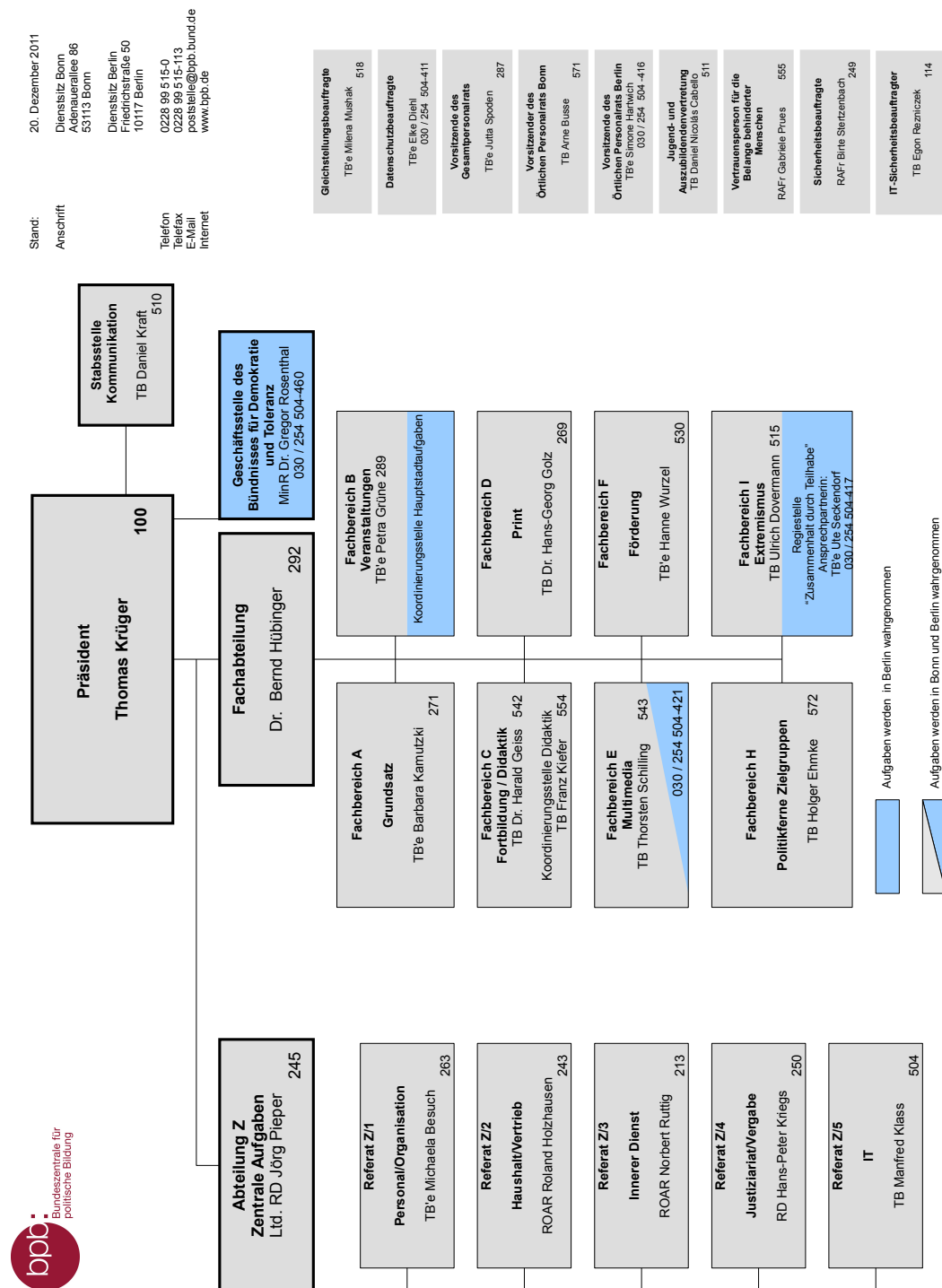
und – mit Ausnahme der Elementarisierung – politische Bildung im Sinne eines „entgrenzten“ (Calmbach/Kohl 2011: 12) Politikbegriffs verfolgen.

Ziel der Elementarisierung ist es hingegen nach wie vor, Wissen über politische Institutionen, Strukturen und Prozesse zu vermitteln (vgl. Detjen 2011: 214), und bedeutet zu diesem Zweck, „die Komplexität politischer Inhalte adressatengerecht zu reduzieren, ohne dabei jedoch Verfälschungen vorzunehmen“ (Calmbach/Kohl 2011: 10). Elementarisierung kann in diesem Zusammenhang als die Fokussierung auf das Anfängliche, die Vereinfachung komplexer und abstrakter Zusammenhänge sowie die Konzentration, Beschränkung oder Reduktion umfangreicher Stoffkataloge auf das Wesentliche (vgl. Detjen 2011: 210f.) verstanden werden. Zugleich gilt es auch, diese Inhalte in Formaten zu präsentieren, die die Zielgruppe ansprechen und Bezug auf ihre Lebenswelten nehmen. So kann beispielsweise die Beschäftigung mit unmittelbar der Lebensrealität entstammenden Themen wie der Verschuldung, der Suche nach einem Ausbildungsplatz, des interkulturellen Zusammenlebens oder alltäglicher Gewalt eine Brücke zu den Themenfeldern der politischen Bildung schlagen (vgl. ebd.: 221).

Die bpb hat die „politikfernen“ Jugendlichen als nicht zu vernachlässigende Zielgruppe erkannt und beschäftigt sich nun schon seit Jahren mit den Möglichkeiten zur Steigerung ihres Partizipationspotentials. Eigens dafür wurde im Jahr 2007 der Fachbereich „Politikferne Zielgruppen“ geschaffen. Dieser verfolgt den strategischen Ansatz der Elementarisierung politischer Bildung und eine lebensweltliche Orientierung seiner Angebote. Im Zuge dessen hat er zahlreiche Maßnahmen entwickelt, um Möglichkeiten der politischen Bildung für „bildungsferne“ Zielgruppen zu verwirklichen. Wie bereits an anderer Stelle beschrieben, hält er ein breites Angebot von zielgruppenorientierten alternativen Formaten bereit, die Anschlusspunkte bei den lebensweltlichen Erfahrungen „politikferner“ Jugendlichen suchen. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie ihre Adressaten dazu ermutigen, sich mit Themen aus ihrer unmittelbaren Lebensrealität auseinander zu setzen und für diese einzutreten. Dies beinhaltet auch, dass im Zusammenhang mit diesen Themen auf niedrigschwellige Art und Weise weiterführende Informationen zu politischen und gesellschaftlichen Sachverhalten gegeben werden.

Die bpb hat damit einen vielversprechenden Ansatz verwirklicht, der sich als „Zauberformel“ (Detjen 2011: 220) erweisen könnte, um die gesellschaftliche Teilhabe einer bislang weitgehend unbeteiligten Gesellschaftsgruppe zu erhöhen.

**Abb. 1: Organisationsstruktur der bpb**



**Quelle:**

bpb (2002): *Organigramm*. Abgerufen unter: <http://www.bpb.de/die-bpb/51250/organigramm>  
(2.4.2012, 14:45 Uhr).



## Bibliographie

- Detjen, Joachim (2007): Politische Bildung für bildungsferne Milieus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Heft 32-33. S. 3-8.
- Detjen, Joachim (2011): Elementarisierung. Grundsätzliche Überlegungen zur Brauchbarkeit eines didaktischen Schlüsselbegriffs für die politische Bildung. In: Frech, Siegfried/Juchler, Ingo (Hg.): *Bürger auf Abwegen? Politikdistanz und politische Bildung*, Schwalmbach. S. 207-240.
- Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin (2005): Politische und soziale Partizipation. In: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard: *Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland*. 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, München. S. 523-573.
- Kaase, Max (2003): Politische Beteiligung/Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 5., überarbeitete und aktualisierte Ausgabe, Opladen. S. 495-500.
- Massing, Peter (2003): Politische Bildung. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 5., überarbeitete und aktualisierte Ausgabe, Opladen. S. 500-509.
- Neugebauer, Gero (2007): *Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn.
- Putnam, Robert (1993): *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton.
- Van Deth, Jan W. (2001): Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Opladen. S. 195-219.
- Verba, Sidney/Nie, Norman H. (1972): *Participation in America*, New York.
- Verba, Sidney/Nie, Norman H./Kim, Jae-on (1978): *Participation and Political Equality*, Cambridge.
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay L./Brady Henry E. (1995): *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*, Cambridge.

## Internetquellen

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2004): *Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage*, Gütersloh. Abgerufen unter: [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-AF70F778-2BCDB9E9/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_30910\\_30911\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-AF70F778-2BCDB9E9/bst/xcms_bst_dms_30910_30911_2.pdf) (2.4.2012, 15:24 Uhr).

bpb (2002): *Der bpb-Erlass*. Abgerufen unter: <http://www.bpb.de/die-bpb/51244/der-bpb-erlass> (1.4.2012, 17:47 Uhr).

bpb (2003): *Leitbild der Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen unter: <http://www.bpb.de/die-bpb/51248/leitbild-der-bpb> (2.4.2012, 12:18 Uhr).

bpb (2011a): *Geschichte der Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen unter: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte-nach-1945/geschichte-der-bpb/> (1.4.2012, 17:03 Uhr).

bpb (2011b): *Wandel und Neuformierung 1969-1981*. Abgerufen unter: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte-nach-1945/geschichte-der-bpb/36426/wandel-und-neuformierung-1969-1981> (1.4.2012, 19:02 Uhr).

bpb (2012): *Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern. Die Bundeszentrale für politische Bildung: Aufgaben / Ziele / Aktivitäten*. Abgerufen unter: <http://www.bpb.de/die-bpb/51743/demokratie-staerken-zivilgesellschaft-foerdern> (2.4.2012, 12:28 Uhr).

Calmbach, Marc/Kohl, Wiebke (2011): Wahrnehmung und Politikverständnis von „bildungsfernen“ Jugendlichen. In: *POLIS*. Heft 3. S. 10-12. Abgerufen unter: [http://www.dvpb.de/Polis/POLIS3\\_2011/POLIS\\_03\\_2011\\_10\\_Marc%20Calmbach,%20Wiebke%20Kohl\\_Politikwahrnehmung%20und%20Politikverstaendnis%20von%20bildungsfernen%20Jugendlichen.pdf](http://www.dvpb.de/Polis/POLIS3_2011/POLIS_03_2011_10_Marc%20Calmbach,%20Wiebke%20Kohl_Politikwahrnehmung%20und%20Politikverstaendnis%20von%20bildungsfernen%20Jugendlichen.pdf) (Abgerufen am 29.3.2012, 13:13 Uhr).